

# Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 09.10.2018

(Stand: 05.10.2018)

## I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

## II. Tagesordnung

### Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**  
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**  
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 10.07.2018 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 10.07.2018 - öffentlicher Teil**  
**Vorlage: 0292/2018**  
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: hier: Beantragung einer Förderung für die „Sanierung des Freibades und des Außengeländes im Kombibad Paffrath, Bergisch Gladbach“**  
**Vorlage: 0374/2018**  
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:  
  
Die der Vorlage beigelegte Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW über die Beantragung einer Förderung für die „Sanierung des Freibades und des Außengeländes im Kombibad Paffrath, Bergisch Gladbach“ wird genehmigt.
- 6
  1. **Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2019 und 2020**
  2. **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2019**
    - a) **des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach**
    - b) **des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**
    - c) **des Immobilienbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**  
**Vorlage: 0385/2018**  
Die Vorlage ist beigelegt.

- 7 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 im Kernhaushalt**  
**Vorlage: 0369/2018**  
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:  
  
Einer weiteren Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 im Kernhaushalt in Höhe von insgesamt 201.800,00 EUR wird zugestimmt.
- 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungs-ermächtigungen 2018**  
**Vorlage: 0383/2018**  
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.
- 9 Gesamtabschluss 2016 der Stadt Bergisch Gladbach**  
**Vorlage: 0392/2018**  
Die Vorlage ist beigefügt.
- 10 1. Änderung des Wirtschaftsplans des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2018**  
**Vorlage: 0307/2018**  
Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 19.09.2018 einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:  
  
Die 1. Änderung des Wirtschaftsplans des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2018 wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.
- 11 1. Änderung des Wirtschaftsplans des Immobilienbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2018**  
**Vorlage: 0394/2018**  
Die Vorlage musste aus besonders dringlichen Gründen in die Tagesordnung aufgenommen, konnte jedoch nicht rechtzeitig zum Versand der Einladung der Sitzung des Rates fertig gestellt werden. Sie wurde den Mitgliedern des Rates daher – wie in der Sitzungseinladung angekündigt – mit Schreiben vom 01.10.2018 übersandt und ist nicht öffentlich zu behandeln.
- 12 Jahresabschluss und Lagebericht 2017 GL Service gGmbH**  
**Vorlage: 0356/2018**  
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:  
  
Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 06.09.2018 fest und entlastete den Geschäftsführer Herrn Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2017. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:
1. In der Bilanz zum 31.12.2017 werden Aktiva und Passiva mit 1.828.772,38 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2017 mit 69.377,15 EUR festgestellt.
  2. Der Lagebericht 2017 wird festgestellt.
  3. Der Bilanzgewinn 2017 wird in Höhe von 162.292,48 EUR auf neue Rechnung vorge-tragen.
  4. Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2017 entlastet.

### 13 **Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau - Sachstand und weiteres Vorgehen**

#### **Vorlage: 0173/2018**

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 26.06.2018 einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AÖR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 27.06.2018 auf Antrag der CDU mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Vorlage Nr. 0173/2018 – Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau – Sachstand und weiteres Vorgehen – wird vertagt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 04.07.2018 die Vorlage einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 05.07.2018 einstimmig der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr an den Rat gefolgt.

Der Rat ist in der Sitzung am 10.07.2018 mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von Herrn Schütz den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 19.09.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AÖR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung

von mitterechts, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Sodann beschloss der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen SPD und mitterechts, dem Rat folgende ergänzende Beschlussempfehlung zu geben:

4. Der in der Sachdarstellung ausgewiesene Absatz 2 bb) – Grundstück „Wilhelm-Klein-Straße“ – wird gestrichen.

Für einen Antrag der **FDP**-Fraktion (auf Grund eines Übermittlungsfehlers wurde mit der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses fälschlicher Weise mitgeteilt, es handele sich um einen Antrag der SPD-Fraktion), die Beschlussempfehlung um einen weiteren Punkt

5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die auf Grund von Punkt 4. wegfallenden Flächen für den Siedlungsbau eine Ersatzfläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden kann.

zu ergänzen, stimmten SPD, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP. Mit den Gegenstimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und mitterechts wurde der Antrag der **FDP**-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 02.10.2018 sowie des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018 werden bekannt gegeben.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 02.10.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AöR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mehrheitlich gegen SPD und FDP bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende ergänzende Beschlussempfehlung zu geben:

4. Der in der Sachdarstellung ausgewiesene Absatz 2 bb) – Grundstück „Wilhelm-Klein-Straße“ – wird gestrichen.

Gegen einen Antrag SPD-Fraktion, die Beschlussempfehlung um einen weiteren Punkt 5. – Prüfauftrag betreffend eine soziale Nutzung des Grundstückes für eine Kindertagesstätte oder eine Offene Ganztagschule – zu ergänzen, stimmten CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, womit der Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses an den Rat gefolgt.

**14 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2018**  
**Vorlage: 0376/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**15 Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle**  
**Vorlage: 0282/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Vorlage Nr. 0282/2018 – Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle – wird vertagt.

**16 Feuerwehrhaus Schildgen**  
**Vorlage: 0368/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem städtischen Grundstück des ehemaligen Hotels/Restaurants „Haus Pohle“ (Flurstück 1024) ein Feuerwehrhaus für die Löschgruppe Schildgen zu planen und zu errichten.

**17 Neue Personalkonzeption der Musikschule**  
**Vorlage: 0338/2018**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 25.09.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Gemäß Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und dem Beschluss des Rates vom 19.12.2017 wird das derzeitige Personalkonzept der Musikschule, das sog. „Himmelheber-Konzept“ und somit auch die entsprechende HSK-Maßnahme aufgehoben.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

2. Das Modell „70/30“ wird als zukünftiges Personalkonzept anerkannt und soll schritt-

weise im Rahmen der gesamtstädtischen finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Die Erhöhung der Honorare soll jedoch bereits mit dem Haushalt 2019 umgesetzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage dieses Modells die zukünftige Personalplanung aufzustellen und dem zuständigen Ausschuss mitzuteilen, wann die Quote erreicht werden kann.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Ziffer 3. des Beschlussvorschlages der Vorlage wird ersatzlos gestrichen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig bei Enthaltung der FDP dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

**18 Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in den Inklusionsbeirat**

**Vorlage: 0342/2018**

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 20.09.2018 – einer entsprechenden, einstimmigen Beschlussempfehlung des Inklusionsbeirates folgend – einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat entsendet Herrn Ralf Schirmer als stellvertretendes Mitglied für Menschen mit einer psychischen Behinderung in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

**19 Erhöhung Aufwandsentschädigung Mitglieder Umlegungsausschuss**

**Vorlage: 0382/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Das Sitzungsgeld für die Fachmitglieder des Umlegungsausschusses wird auf 50 EUR pro angefangene Stunde angehoben. Die Aufwandsentschädigung für die dem Rat angehörenden Mitglieder bleibt bestehen und wird lediglich an den EUR-Betrag angepasst (20,45 EUR/h).

**20 Bestellung eines nicht dem Rat angehörenden Mitgliedes des Umlegungsausschusses**

**Vorlage: 0381/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Zum Mitglied des Umlegungsausschusses wird bestellt als

stellv. Bewertungssachverständiger: Kreisvermessungsdirektor Dipl.-Ing. Jörg Wittka

**21 Einwohnerfragestunde**

**Vorlage: 0294/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**22 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

**22.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2018 (eingegangen am 20.09.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH**

**Vorlage: 0386/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**23 Anträge der Fraktionen**

**23.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 12.05.2018 (eingegangen am 23.05.2018) „Übertragung der Ratssitzungen im Livestream“**

**Vorlage: 0252/2018/1**

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018 stimmten DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP, mitterechts und ein Ratsmitglied aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder bei jeweils einer Enthaltung aus den Reihen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, dem Rat zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

**23.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 10.09.2018 (eingegangen am 10.09.2018) „Initiative Vereinssport - Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger“**

**Vorlage: 0377/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**23.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.2018 (eingegangen am 25.09.2018) „Landesprogramm ‚60 Talentschulen in NRW‘: Bitte um Erstellung eines Konzeptes zur Bewerbung um eine Talentschule in Bergisch Gladbach“**

**Vorlage: 0391/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**24 Anfragen der Ratsmitglieder**

Eine Erläuterung erübrigt sich.